

## **Sckerl: "Wer bestellt, muss auch bezahlen"**

*Dammwegbrücke: Kreis-Grüne und GAL gegen eine finanzielle Beteiligung der Stadt Weinheim*

Weinheim/Rhein-Neckar. Die Grünen im Kreistag und die Weinheimer GAL-Fraktion wenden sich gegen die Heranziehung der Stadt Weinheim zu den Kosten eines Neubaus der Dammwegbrücke im Weinheimer Ortsteil Sulzbach. Bekanntlich war es zwischen dem Landkreis und der Stadt Weinheim monatelang umstritten, wer die auf 1,2 Millionen Euro geschätzten Kosten für das Projekt trägt. Der Verwaltungs- und Finanzierungsausschuss des Landkreises entscheidet heute über einen Kompromissvorschlag, der eine Beteiligung Weinheims in Höhe von 238000 Euro an dem Brückenbauwerk vorsieht. So teuer wäre Weinheim der Neubau einer Brücke gekommen, die nicht mit der Kreisverbindungsstraße verbunden gewesen wäre. Die Stadt Weinheim trägt den Kompromiss mit. Sollte der Kreis heute seine Zustimmung geben, wird das Thema noch vor der Sommerpause auch im Weinheimer Gemeinderat behandelt.

Kreistags-Grüne und Weinheimer GAL sind gegen den Kompromissvorschlag, der auf Vorschlag des Bundesverkehrsministeriums zustande kam. "Es ist ein Präzedenzfall, ob Kosten, die eindeutig eine Straßenbaumaßnahme des Kreises auslöst, nachträglich zu großen Teilen der Kommune aufgebürdet werden können, auf deren Gemarkung die Maßnahme stattfindet", teilte Grünen-Kreisrat und GAL-Stadtrat Uli Sckerl gestern mit. Wenn der Landkreis sich hier durchsetze, werde künftig der politischen Willkür Tür und Tor geöffnet. Der Planfeststellungsbeschluss für die Kreisverbindungsstraße habe hingegen eindeutig festgelegt, dass der Verursacher und damit Träger der Kosten der Rhein-Neckar-Kreis sei. "Also soll der Landkreis für alle Kostenfolgen seines Handelns an allen Streckenabschnitten, auch bei der Dammwegbrücke aufkommen", schlussfolgert Sckerl. Es gelte der alte Satz: "Wer bestellt, der muss auch bezahlen".

Grüne und GAL kritisierten auch das Innenministerium in Stuttgart, das in dem Streit einseitig Partei für den Landkreis ergriffen habe und die Stadt Weinheim unter Druck setze mit der Ankündigung, nur bei Kostenübernahme durch die Stadt eine Landesförderung zu gewähren. Dieses Verhalten sei anrüchig und müsse aufgeklärt werden, forderte GAL-Fraktionsvorsitzende Elisabeth Kramer. Die einzige akzeptable Lösung sei, dass der Landkreis den Brückenbau finanziere.

aus: „Weinheimer Nachrichten“ vom 23.06.2009